

Folgende Infos finden Sie hier:

---

**Newsletter Nr. 3 zur Vorbereitung der internationalen Großdemonstration am 2. Juni 2007 in Rostock**

Stand: 18. Mai 2007

siehe eigene Datei bei den G8-Nachrichten des Ökumenischen Netzes

---

**Pressemitteilung  
G8-Demonstrations-AG 2.Juni**

17. Mai 2007

\* **Großdemonstration zum G8-Gipfel nun auch behördlich bestätigt**

---

**PM 16.05.07 von Netzwerk Friedenskooperative:**

**Demokratiefreie Zone zum G8-Gipfel**

---

Von: [ngo-bounces@g8-germany.info](mailto:ngo-bounces@g8-germany.info) [<mailto:ngo-bounces@g8-germany.info>] Im Auftrag von Sabine Zimpel  
Gesendet: Donnerstag, 17. Mai 2007 13:46  
An: [vorbereitungrostock@yahoogroups.de](mailto:vorbereitungrostock@yahoogroups.de); [ngo@g8-germany.info](mailto:ngo@g8-germany.info)  
Betreff: [Ngo] PM G8 Demo AG: behördliche Bestätigung erfolgt

**Pressemitteilung  
G8-Demonstrations-AG 2.Juni**

17. Mai 2007

\* Eine andere Welt ist möglich!

\* **Großdemonstration zum G8-Gipfel nun auch behördlich bestätigt**

Die für Versammlungen zum G8-Gipfel zuständige Polizeidirektion Rostock "Kavala" hat die Großdemonstration am 2. Juni in vollem Umfang bestätigt. Der Demonstration steht nunmehr rechtlich nichts mehr im Wege.

Ab 11 Uhr finden am Samstag vor dem G8-Gipfel Auftaktkundgebungen am Hauptbahnhof Rostock und in der Nähe des Schutower Kreuzes (Rostock West) statt. Christliche Gruppen treffen sich zur Andacht in der Rostocker Marienkirche und scheren dann in den vorbeiziehenden Demonstrationenzug ein. Die zwei Demonstrationenzüge führen beide zur Abschlusskundgebung im Rostocker Stadthafen.

Veranstalter wie Polizei gehen von einer großen, bunten und politisch

kämpferischen Demonstration aus und erwarten einen friedfertigen Verlauf. Die Anmeldebestätigung enthält übliche Auflagen wie z.B. Sicherheitsbestimmungen für mitgeführte LKWs, Ordner, Ablehnung von Glas oder Dosen usw., die auch von Seiten der Veranstalter als verhältnismäßig angesehen werden. Vorausgegangen waren mehrere Kooperationsgespräche und detaillierte Abstimmungen z.B. über die Routenführung, Parkräume und Leitsysteme für die Busse.

Sorgen bereiten den Demonstrationsplanern weiterhin die Unsicherheit über ausreichende Transportkapazitäten z.B. für die mit Fähren aus Skandinavien anreisenden TeilnehmerInnen, die offene Frage von Zeit kostenden Vorkontrollen der Busse und vor allem die vom Bundesinnenminister angedrohten rigorosen Grenzkontrollen unter Aussetzung des Schengen-Abkommens.

Scharfe Kritik erheben die Veranstalter weiterhin gegen die von der "Kavala" erlassene Allgemeinverfügung, die während der Gipfeltage alle Demonstrationen noch im weiten Umfeld des Heiligendamm umgebenden Zauns verbietet.

Für Rückfragen:

\* Werner Rätz (Attac Deutschland), Tel. 0163 - 2423541

\* Sabine Zimpel (Entschuldungsbündnis erlassjahr.de), Tel. 0177 – 7844154

\*\*\*\*\*

### **16.05.07 von Netzwerk Friedenskooperative:**

#### **Demokratiefreie Zone zum G8-Gipfel**

Gigantomantisches Sicherheitskonzept behindert Demonstrationen und die Bevölkerung unnötig

Das Netzwerk Friedenskooperative – Mitveranstalter der Großdemonstration am 2. Juni – kritisiert die von der Versammlungsbehörde "Kavala" erlassene Allgemeinverfügung als demokratiefeindlich.

Auch eine Sicherheitsstufe 1 kann nach Auffassung des Friedensnetzwerks die Errichtung einer weiteren demokratiefreien Zone weit außerhalb des um Heiligendamm errichteten Zauns nicht rechtfertigen.

Netzwerk-Geschäftsführer Manfred Stenner sieht ein "gigantomantisch aufgeblähtes Sicherheitskonzept, das Demonstranten wie Einwohner völlig ungerechtfertigt in ihrer Freizügigkeit behindert". Es sei zu hoffen, dass die Allgemeinverfügung der Überprüfung bei den Verwaltungsgerichten und beim Bundesverfassungsgericht nicht standhalte.

Die Kritik am Sicherheitskonzept betrifft auch unnötige Maßnahmen außerhalb der für Versammlungen verbotenen Zonen. Die örtliche Verkehrsgesellschaft

RAG stellt 8 Tage lang den Busverkehr zwischen Umland und Innenstadt ein und erklärt das mit den vielen Demos, die einen ordentlichen Verkehr unmöglich machen würden.

Diese Verkehrseinschränkungen auch für die Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns seien völlig unnötig und geschähen gegen den Willen der Demonstrationsveranstalter. Der ÖPNV wird aus einer Arbeitsgruppe des Innenministeriums gesteuert.

Die Veranstalter der Großdemonstration am 2. Juni befürchten auch für diese von allen Seiten als unproblematisch eingestufte Demonstration eine massive faktische Einschränkung des Versammlungsrechts durch Kontrollen und die Beschneidung der Fahrtmöglichkeiten nach Rostock.

Insbesondere die Teilnahme von Demonstranten aus Skandinavien ist durch die angedrohten scharfen Grenzkontrollen der Bundespolizei wie durch mangelnde Transportkapazitäten von den Fähren nach Rostock gefährdet. Bei der jetzigen Kapazität kämen dänische Demonstranten erst nach 5 Stunden in Rostock an. Das Netzwerk Friedenskooperative fordert das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern auf, eine Aufstockung des Schienenverkehrs durch die DB zu ermöglichen und die Aussetzung des Umlandverkehrs zurückzunehmen.

Kritisiert wird insbesondere auch Innenminister Schäuble, der die Protestbewegung diffamiere und den Kanzlerin Merkel im Interesse der verfassungsrechtlichen Grundsätze "an die Leine legen sollte".

Stenner: "Die von Innenminister Schäuble mehrfach verteidigten Grenzkontrollen unter Aussetzung des Schengen-Abkommens behindern die Grundrechte und sind ein Affront gegen die zum Gipfelprotest anreisenden ausländischen Gäste".

Erfreut zeigt sich die Friedenskooperative über den großen Widerspruch gegen die Repressionswelle im Vorfeld des Gipfels und die vielen Solidaritätsadressen mit "Jetzt erst recht!"-Appellen, die die Demonstrationsveranstalter erreicht haben.

gez. Manfred Stenner (für Nachfragen: 0177/6014894) Geschäftsführer des Netzwerk Friedenskooperative

Netzwerk Friedenskooperative  
Römerstr. 8853111 Bonn  
Tel. 0228/692904, Fax: 0228/692906  
[friekoop@bonn.comlink.org](mailto:friekoop@bonn.comlink.org)  
[www.friedenskooperative.de](http://www.friedenskooperative.de)

-----  
Netzwerk Friedenskooperative  
Römerstraße 88  
53111 Bonn  
Telefon: 0228-692904

Fax: 0228-692906

<http://www.friedenskooperative.de>

Spendenkonto: Förderverein Frieden e.V., Kto-Nr. 33 0 35 bei der Sparkasse  
Bonn (BLZ 380 500 00)

\*\*\*\*\*

**Von: Arbeitsgemeinschaft Frieden e.V. Trier** [<mailto:AGF-Trier@t-online.de>]

Gesendet: Mittwoch, 16. Mai 2007 16:45

An: AGF-Info Newsletter

Cc: g8-vernetzung-trier mailingliste

**Betreff: Kritik Demokratiefreier Zone zum G8-Gipfel - Sternmarsch verboten +  
Allgemeinverfügung erlassen**

Demokratiefreie Zone zum G8-Gipfel

Gigantomantisches Sicherheitskonzept behindert Demonstrationen und die Bevölkerung unnötig

Das Netzwerk Friedenskooperative – Mitveranstalter der Großdemonstration am 2. Juni – kritisiert die von der Versammlungsbehörde "Kavala" erlassene Allgemeinverfügung als demokratiefeindlich.

Auch eine Sicherheitsstufe 1 kann nach Auffassung des Friedensnetzwerks die Errichtung einer weiteren demokratiefreien Zone weit außerhalb des um Heiligendamm errichteten Zauns nicht rechtfertigen.

Netzwerk-Geschäftsführer Manfred Stenner sieht ein "gigantomantisch aufgeblähtes Sicherheitskonzept, das Demonstranten wie Einwohner völlig ungerechtfertigt in ihrer Freizügigkeit behindert". Es sei zu hoffen, dass die Allgemeinverfügung der Überprüfung bei den Verwaltungsgerichten und beim Bundesverfassungsgericht nicht standhalte.

Die Kritik am Sicherheitskonzept betrifft auch unnötige Maßnahmen außerhalb der für Versammlungen verbotenen Zonen. Die örtliche Verkehrsgesellschaft RAG stellt 8 Tage lang den Busverkehr zwischen Umland und Innenstadt ein und erklärt das mit den vielen Demos, die einen ordentlichen Verkehr unmöglich machen würden.

Diese Verkehrseinschränkungen auch für die Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns seien völlig unnötig und geschähen gegen den Willen der Demonstrationsveranstalter. Der ÖPNV wird aus einer Arbeitsgruppe des Innenministeriums gesteuert.

Die Veranstalter der Großdemonstration am 2. Juni befürchten auch für diese von allen Seiten als unproblematisch eingestufte Demonstration eine massive faktische Einschränkung des Versammlungsrechts durch Kontrollen und die Beschneidung der Fahrmöglichkeiten nach Rostock.

Insbesondere die Teilnahme von Demonstranten aus Skandinavien ist durch die angedrohten scharfen Grenzkontrollen der Bundespolizei wie durch mangelnde Transportkapazitäten von den Fähren nach Rostock gefährdet. Bei der jetzigen Kapazität kämen dänische Demonstranten erst nach 5 Stunden in Rostock an. Das Netzwerk Friedenskooperative fordert das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern auf, eine Aufstockung des Schienenverkehrs durch die DB zu ermöglichen und die Aussetzung des Umlandverkehrs zurückzunehmen.

Kritisiert wird insbesondere auch Innenminister Schäuble, der die Protestbewegung diffamiere und den Kanzlerin Merkel im Interesse der verfassungsrechtlichen Grundsätze "an die Leine legen sollte".

Stenner: "Die von Innenminister Schäuble mehrfach verteidigten Grenzkontrollen unter Aussetzung des Schengen-Abkommens behindern die Grundrechte und sind ein Affront gegen die zum Gipfelprotest anreisenden ausländischen Gäste".

Erfreut zeigt sich die Friedenskooperative über den großen Widerspruch gegen die Repressionswelle im Vorfeld des Gipfels und die vielen Solidaritätsadressen mit "Jetzt erst recht!"-Appellen, die die Demonstrationsveranstalter erreicht haben.

gez. Manfred Stenner (für Nachfragen: 0177/6014894) Geschäftsführer des Netzwerk Friedenskooperative

Netzwerk Friedenskooperative  
Römerstr. 8853111 Bonn  
Tel. 0228/692904, Fax: 0228/692906  
[friekoop@bonn.comlink.org](mailto:friekoop@bonn.comlink.org)  
[www.friedenskooperative.de](http://www.friedenskooperative.de)

\* \* \*

Sternmarsch verboten + Allgemeinverfügung erlassen

Der geplante Sternmarsch auf Heiligendamm ist von der Versammlungsbehörde verboten worden. Die von dem Sternmarsch-Bündnis befürchtete "Allgemein-Verfügung", also ein allgemeines Demo-Verbot, ist nun erlassen worden. Kurz zuvor hat die Gipfelsoli Infogruppe eine Pressemitteilung dazu veröffentlicht.

Pressemitteilung der Gipfelsoli Infogruppe:  
G8: BAO Kavala erläßt morgen Allgemeinverfügung  
<http://gipfelsoli.org/Presse/1646.html>

Pressemitteilung der Polizeidirektion zur Allgemeinverfügung:  
Polizeidirektion Rostock erlässt Allgemeinverfügung  
<http://gipfelsoli.org/Repression/Allgemeinverfuegung/1654.html>

Ältere Pressemitteilungen des Sternmarsch-Bündnis

Versammlungsbehörde behindert Demonstrationsrecht  
<http://gipfelsoli.org/Presse/1558.html>

Sternmarschbündnis: Sternmarsch gegen das G8-Treffen soll verboten werden  
<http://gipfelsoli.org/Presse/1530.html>

Eine Telepolisartikel zur Thematik:  
Erstes Demoverbot in Heiligendamm

Florian Rötzer 11.05.2007

Nach den Razzien zur Verhinderung möglicher gewalttätiger Aktionen durch "terroristische Vereinigungen" wurde nun der für den 7. Juni geplante Sternmarsch von der zuständigen Polizeidirektion nicht genehmigt. Nach der gestrigen Großaktion mit 900 Polizisten in sechs Bundesländern, bei der 40 Wohnungen, Verlage, Büros und Szenetreffe durchsucht und Computer, Datenträger und schriftliche Unterlagen beschlagnahmt wurden, folgte heute bereits die nächste Maßnahme zum Schutz des G-8-Gipfels.[...]

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/25/25262/1.html>

Protest-Pressemitteilungen zur Allgemeinverfügung

Innerhalb kürzester Zeit hat es von verschiedenen Seiten gegen die von der Versammlungsbehörde erlassene Allgemeinverfügung Protesterklärungen gegeben:

Pressemitteilung Kampagne Block G8

\* Allgemeinverfügung der Polizei ist schwerer Eingriff in die Grundrechte

\* Massenhafter Ziviler Ungehorsam angekündigt

<http://gipfelsoli.org/Repression/Allgemeinverfuegung/1667.html>